

Tatjana Böhm

Wo stehen wir Frauen nach 40 Jahren getrennter Geschichte in Deutschland West und Ost?

40 Jahre getrennte Frauengeschichte in Ost und West heißt, Frauen haben Erfahrungen unter unterschiedlichen Bedingungen gemacht, sie haben in verschiedenen politischen Verhältnissen gelebt, und sie sind geprägt durch unterschiedliche Lebensentwürfe und Lebensgeschichten. Daraus resultieren auch unterschiedliche Selbstverständlichkeiten der jeweiligen Frauenleben in Ost und West. Nirgendwo tritt diese Tatsache so deutlich in Erscheinung wie im Verhältnis zwischen Frauen aus den neuen und aus den alten Bundesländern. Zu den Differenzierungen und Spaltungen der westlichen Frauenbewegung in den letzten 20 Jahren kommt die Kluft zwischen Frauen in West- und Osteuropa ans Tageslicht. Gerade in Deutschland ist angesichts der gemeinsamen Sprache überdeutlich: dieselben Worte stehen für unterschiedliche Tatsachen und Inhalte. Die Frauenbewegung muß sich diesen Unterschieden stellen, sie muß sie analysieren und akzeptieren, gemeinsame differenzierte Kommunikations- und Aushandlungsmechanismen finden, um nicht ihre innovative und emanzipatorische Kraft zu verlieren.

Wir stehen heute an dem Punkt, wo Differenzierungen und Unterschiede zu neuen Spaltungen, innergesellschaftlichen Ausgrenzungen und Hierarchien auch zwischen Frauen führen können, wo aber aus Unterschieden auch neue Chancen entstehen können für neue Formen von Partizipation und politischem Handeln. Gerade beim Zusammenkommen west- und ostdeutscher Frauenbewegung ist unübersehbar, Forderungen, Strategien und Ziele von Frauen sind nicht nur vielfältig oder auch in sich widersprüchlich, sondern sie sind oft sogar gegensätzlich. Aus der Tatsache, daß realsozialistische Verhältnisse einerseits und marktwirtschaftlich, pluralistisch organisierte westliche Demokratien andererseits nicht zu Gleichberechtigung und wirklicher Gleichstellung von Frauen geführt haben, daß diese Systeme auf unterschiedliche Art und Weise die Zweitrangigkeit des weiblichen Geschlechts, trotz unterschiedlicher partieller Fortschritte für Frauen, zementiert haben, folgt keineswegs automatisch ein gleiches Emanzipationsverständnis für alternative Politik.

Für Frauen im Westen und im Osten Deutschlands hat die Vereinigung höchst unterschiedliche Konsequenzen. Für die einen waren es bloß systemimmanente Veränderungen – vom einheitsbedingten Boom der westdeutschen Wirtschaft haben durch neu entstandene Arbeitsplätze zum Teil auch Frauen profitiert. Die

Frauen in der DDR erlebten zwar einen enormen Zuwachs an Freiheitsrechten, wurden aber gleichzeitig auch ehemals selbstverständlicher Lebensbedingungen wie der eigenen Erwerbstätigkeit beraubt. Sie wurden freigesetzt und verdrängt, da Frauen ungleich stärker vom Veränderungsprozeß der Wirtschaftsstruktur in Ostdeutschland betroffen sind als Männer. Mit der konkreten Erfahrung der Verdrängung vom Arbeitsmarkt und der Entwertung weiblicher Erwerbstätigkeit, verbunden mit einem Verlust institutioneller Entlastungen, (z.B. durch die Reduzierung der Kindergärten und Krippen), zur Vereinbarkeit von Mutterschaft und Beruf, ist es äußerst schwierig, Perspektiven und Möglichkeiten der Gegenwehr zu finden.

Wenn auch die Spaltungsprozesse in der Gesellschaft deutlich darauf hinweisen, daß ganze Gruppen von Frauen zu den Einheitsverliererinnen gehören werden, so ist es für die Frauenbewegung in Ost und West nicht akzeptabel, sich mit der Normalität des Verlierens abzufinden. So problematisch die Situation für viele Frauen in den neuen Bundesländern ist, wo patriarchalisches Krisenmanagement im Verein mit starkem traditionellen männlichen Konkurrenzverhalten einen Verdrängungsmechanismus inszeniert hatten, der sich gegen Frauen auf dem Arbeitsmarkt richtet, so falsch wäre es, unkritisch auf die alten Zustände zurückzuschauen. Ein kurzer Rückblick auf die Geschichte der Frauenbewegung in Ostdeutschland könnte vielleicht ein Ansatzpunkt sein, nach neuen Chancen für individuelle und gesellschaftliche Emanzipation zu suchen.

Die Frauenfrage als demokratische Frage Gleichberechtigung in der DDR – Das Ende eines Mythos

Die Veränderungen in Ost- und Mitteleuropa, von denen die Entwicklung der letzten Jahre entscheidend mitgeprägt wurde, wären ohne die umfangreiche Beteiligung von Frauen nicht möglich gewesen. So unterschiedlich die Geschichte der Oppositionsbewegungen in den einzelnen Ländern auch war, die zentralen Forderungen kreisten um die Frage von Demokratisierung und Menschenrechten. Diese Forderungen mobilisierten in kürzester Zeit Millionen Menschen zum Widerstand. Die massenhafte Beteiligung von Frauen an diesen Aktionen und Demonstrationen konnte aber nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß der Zusammenhang von Menschenrechten, Geschlechterfrage und Demokratie in den ehemaligen Ostblockländern kaum angesprochen wurde. Eine Ausnahme bildete die ehemalige DDR. Hier entstanden nicht nur einzelne Fraueninitiativen, sondern es konstituierte sich im Herbst 1989 eine ausgesprochen politische Frauenbewegung. Wesentliche Ansatzpunkte dieser neu entstandenen Frauenbewegung waren die Kritik an der bisherigen Frauenpolitik des SED-Staates, die Öffentlichmachung und das Lautwerden von Frauenforderungen, die nicht nur als das Problem einer Gruppe begriffen wurden, sondern als gesamtgesellschaftliches Problem. Das war neu und heißt, daß das Frauenproblem nicht auf die sozialpolitische Dimension zu reduzieren ist, sondern ganz wesentlich eine macht- und herrschaftspolitische Komponente hat.

Der Mythos der Gleichberechtigung von Frauen wurde immer wieder als

Aushängeschild und Selbstdarstellung des DDR-Staates benutzt. Fast gebetsmühlenhaft wurde auf die hohe Erwerbsbeteiligung von Frauen verwiesen, ihr hohes Qualifikationspotential aufgezeigt und mit dem Hinweis auf die frauenfreundlichen sozialpolitischen Maßnahmen, wie z. B. das umfangreiche Kinderbetreuungssystem, das Bild vermittelt, die Frauenfrage sei in der DDR gelöst.

Wenn sich hinter diesen Zahlen auch Erfolge verbergen, die im Hinblick auf Bildung und Qualifikation real waren, wenn formale Gleichberechtigung und ein sozialpolitisches Modell zur Vereinbarkeit von Mutterschaft und Beruf für viele Frauen lange Zeit ein durchaus akzeptiertes Integrationsmuster verkörperten, so sollten wir uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese Lösung der Frauenfrage Teil eines repressiven Gesellschaftssystems war. Langfristig dient dieses Modell nicht der Emanzipation von Frauen, die ja mit Autonomie und Subjektwerdung verbunden ist, sondern es stellte in seiner Konsequenz in den letzten Jahren der DDR eher ein Emanzipationsverhinderungsmodell dar. Traditionelle Arbeitsteilungsstrukturen wurden ebensowenig thematisiert wie die Macht- und Herrschaftsstrukturen zwischen den Geschlechtern. Der Maßstab für die Gleichberechtigung blieb unhinterfragt der Mann, dem gegenüber angebliche Defizite von Frauen ausgeglichen werden sollten. Frauen behielten die Verantwortung für Kinder, für Reproduktion und menschliche Beziehungsarbeit, waren aber gleichzeitig voll in den Erwerbsprozeß einbezogen. Die Männerrolle blieb wesentlich unhinterfragt. Das Machtgefälle zwischen den Geschlechtern wurde tabuisiert, soziale Differenzierungen zwischen den Geschlechtern wurden fast völlig ausgeblendet, die Last der Alltagsarbeit hatten Frauen individuell zu tragen. Der Preis dafür war nicht nur die doppelte und dreifache Belastung von Frauen, sondern auch ihre fast völlige Ausgrenzung aus zentralen Entscheidungsprozessen in Wirtschaft, Politik und Wissenschaft.

Diese patriarchale Konstruktion von Gleichberechtigungspolitik hat über Jahre hinweg die sogenannte »natürliche« Zweitrangigkeit des weiblichen Geschlechts untermauert. Aber mehr noch, diese administrative Gleichberechtigungspolitik, die staatlich verordnet und für – nicht durch – Frauen gemacht wurde, hat sich als Mythos von Gleichberechtigung in den Köpfen vieler Frauen festgesetzt. Frauen richteten sich in diesen Verhältnissen ein, eine Tatsache, die nicht als Vorwurf gemeint ist, sondern die Realität beschreibt. Frauen wurden blind für ihre reale Benachteiligung. Ökonomische Unabhängigkeit, so wichtig sie auch für das Leben von Frauen ist und war, änderte nichts daran, daß Frauen vorrangig als Objekte staatlicher Verregelung betrachtet wurden. Sie interessierten nicht als Subjekte, die die Komplexität ihres Lebenszusammenhangs bewältigten, sie interessierten vielmehr als Arbeitskräfte, Funktionsträgerinnen und/oder Mütter.

Die andersartige patriarchalische Struktur im Osten hat zwar die individuelle Abhängigkeit der Frauen von Männern verringert, nicht jedoch zu wirklicher Autonomie geführt, sondern individuelle Abhängigkeiten ausgetauscht gegen Bevormundung und Versorgungsleistungen durch den Staat. Diese Abhängigkeit von »Vater Staat« und die generelle Tabuisierung realer Probleme, besonders der vielfältigen Formen von realer und struktureller Gewalt gegen Frauen, blockierten die Entwicklung eines kritischen Bewußtseins in Bezug auf die Geschlechterfrage. Auf einen kurzen Begriff gebracht, läßt sich vielleicht sagen: Gleichberechtigung

in der DDR war eine Gleichberechtigung ohne Emanzipation, denn Emanzipation stellt immer Herrschaftsstrukturen in Frage, ist mit der Forderung nach Abbau von Herrschaft verbunden. In diesem Sinne ist es wichtig, die Frauenpolitik der SED immer im Zusammenhang mit dem reglementierenden und repressiven Gesamtsystem zu sehen. Indem *ein* weibliches Lebenskonzept – die gleichzeitige Erwerbstätigkeit und Mutterschaft – ermöglicht und normativ abgesichert wurde, wurden andere Lebenskonzepte nicht gleichermaßen akzeptiert und alternative Lebenskonzepte sogar weitgehend verunmöglicht. Wenn heute das Lebenskonzept der Vereinbarkeit von Beruf und Familie in der Regel als Schritt auf dem Wege zur Emanzipation angesehen wird, so ist das nur die eine Seite der Medaille. Gleichzeitig war darin auch ein sehr starker Kontrollaspekt enthalten, denn die familien- und sozialpolitisch stimulierte, frühzeitige Einbindung von Frauen in Vollzeitarbeitsverhältnisse und die etwa zeitgleiche Familiengründung implizierte eine sehr starke Verregelung von Lebensentwürfen. Eine ausgeprägte Jugendphase, die Platz gelassen hätte für mehr Entfaltungschancen, für Individualität und Autonomie, wurde durch die Verregelung des weiblichen Lebenszusammenhangs strukturell behindert.

Eben hier setzte die Kritik der neuen Frauenbewegung, insbesondere des Unabhängigen Frauenverbandes an: sie verstand sich als Abkehr von dieser Art staatlich verordneter Frauenpolitik. Mit dem Prozeß radikaler Veränderungen im Herbst 1989 verwandelte sich die scheinbar lautlose Kritik in einen lautstarken Protest politisch aktiver Frauen. Voraussetzung dafür war, daß sich schon seit Beginn der 80er Jahre unterschiedliche Gruppen von Frauen gebildet hatten, die unter dem Dach der evangelischen Kirche oder in privaten feministischen Zirkeln Frauenfragen und notwendige politische Veränderungen diskutiert hatten.

Um diese Forderungen überhaupt in die Öffentlichkeit zu bringen und damit eine Chance für ihr Wirksamwerden zu schaffen, mußte sich die Frauenbewegung als autonome und unabhängige Bewegung konstituieren, dann die Geschlechterfrage spielte in den Diskussionen der Oppositionsgruppen, wenn überhaupt, nur eine völlig untergeordnete Rolle. Traditionell wurde sie nur in ihrer sozialen Dimension gesehen, demokratie-theoretische oder machtpolitische Aspekte der Geschlechterfrage wurden nicht gesehen oder nicht beachtet. Warum sollten sich auch die patriarchalischen Strukturen in den Oppositionsgruppen von denen, die sonst in der Gesellschaft herrschten, unterscheiden?

Gerade in dieser Erfahrung lag ein Grund, warum eine eigenständige Bürgerinnenbewegung notwendig war. Frauen müssen sich selbst organisieren, um ihre ureigensten Probleme zu erkennen und zu artikulieren. Sie müssen selbst ihre Interessen vertreten, und dabei ist es unumgänglich, eigene Strategien und Taktiken zu entwickeln, um mehr demokratische Rechte zu erstreiten und ökonomische Benachteiligungen abzubauen. In diesem Sinne stellte die autonome Frauenbewegung im Herbst 1989 nicht nur die totalitären sozialistischen Herrschaftsstrukturen, sondern auch die patriarchalischen Machtmechanismen in Frage. Das Konzept war, durch autonome Konstituierung und Artikulation politische und soziale Einflußnahme in Politik und anderen öffentlichen Sphären zu erreichen.

Ein weiterer Grund für autonome Politik lag in zurückliegenden Erfahrungen, wie das bisherige System die Entwicklung einer eigenständigen separaten Frau-

enkultur verhindert hatte. Frauenprojekte, als Formen einer feministischen Gegenkultur wurden als staatsfeindlich angesehen und durch Repressalien verhindert. Die geschlossene Gesellschaft der DDR hatte das Entstehen einer Frauenöffentlichkeit verhindert, aber das Bedürfnis dafür war weit verbreitet, und so war der Zeitpunkt gekommen, Projekte wie Frauenzentren, Frauencafés, Frauenhäuser, eigene Zeitungen, Frauenforschungszentren und Selbsthilfegruppen zu bilden. Innerhalb kürzester Zeit entstanden eine Vielzahl von Projekten und Basisinitiativen. Die radikalen politischen Ansprüche der Frauenbewegung waren eine Voraussetzung dafür, daß die Projekte so schnell entstehen konnten, und andererseits entstand mit den Frauenprojekten eine Öffentlichkeit, die auf das politische Handeln zurückwirkte.

Die Runden Tische – eine Schule der Demokratie

Mit ihrer Gründung als politische Bewegung hatte die Frauenbewegung der DDR den Anspruch erhoben, als eigenständige Bürgerinnenbewegung mit Sitz und Stimme an den Verhandlungen zwischen Opposition und Regierung teilzunehmen. Das Modell der Runden Tische, entwickelt von der polnischen Opposition, das die paritätische Teilnahme von Vertretern der alten Parteien und Vertretern der Opposition vorsah, wurde in fast allen ost- und mitteleuropäischen Ländern in der Zeit zwischen dem Zusammenbruch der alten Machtstrukturen und freien demokratischen Wahlen installiert. In der DDR war das Modell der Runden Tische dadurch gekennzeichnet, daß es den Runden Tisch nicht nur auf zentraler Ebene gab, sondern ebenso auf bezirklicher Ebene bis in die letzte Kommune hinein.

In der Zeit ihrer Existenz machten die Runden Tische einen Wandlungsprozeß durch, von bloßen Kontrollorganen der Regierung bzw. der jeweiligen Verwaltung zu politischen Gestaltungs- und Entscheidungsträgern. Kein Gesetz der nicht demokratisch gewählten Parlamente konnte mehr ohne die Zustimmung der Runden Tische in Kraft treten; ohne sie wären freie Wahlen unmöglich gewesen. Gleichzeitig waren die Runden Tische aber auch eine entscheidende Schule der Demokratie, ein Modell, dessen demokratische Partizipationsformen nicht nur für die Zeit des Übergangs notwendig gewesen wären, sondern insgesamt in die Zukunft weisen, besonders, wenn an die Dimension von ökologischen und Menschenrechtsproblemen im Weltmaßstab gedacht wird.

An den Runden Tischen saßen in der Zeit von Dezember 1989 bis März bzw. Mai 1990 alle damals relevanten politischen Gruppen und Parteien, d.h. nicht nur Parteien, sondern auch politische Bewegungen, die wesentlich die Veränderungen herbeigeführt hatten, waren dort vertreten. Von allen Bürgerbewegungen hatte es die Frauenbewegung am schwersten, die Teilnahme an den Runden Tischen zu erreichen. Gerade von seiten der alten Blockparteien wurde dem Unabhängigen Frauenverband ständig die politische Relevanz abgesprochen. Hier war unverhohlen ein starker Antifeminismus spürbar. Endlose Debatten zur Geschäftsordnung in den ersten Sitzungen waren nötig, um das Mandat zu erhalten. Der Einfluß der Frauenbewegung war zu dieser Zeit stark genug, um sich den Zugang zum Runden Tisch zu erstreiten. Dabei wurde sie letztendlich auch von den anderen Bürgerbe-

wegungen unterstützt. Dies gelang nur in der ehemaligen DDR, und diese Tatsache hat die Arbeit der Runden Tische mitgeprägt und ihr eine andere demokratische Dimension eröffnet. Die Frauen hatten, wenn auch kurzzeitig, eine neue Möglichkeit politischer Einflußnahme. Charakteristisch war, daß keine der alten Parteien und Organisationen, aber auch nicht die neuen Bewegungen und Parteien so einfach an der Frauenfrage vorbeigehen konnten. Hier hatten Frauenfragen oder generell die Geschlechterdimension von Macht eine umfassende Öffentlichkeit: Männer mußten Frauen zuhören und sich sachlich mit ihnen auseinandersetzen. Die Perspektive der Runden Tische unterschied sich grundlegend von der autoritären Machtorgane des alten Systems, war aber auch eine andere als die repräsentativer parlamentarischer Demokratiemodelle. Der Zwang zum Konsens, der Zwang zur gemeinsamen Entscheidung prägte das Bild. Indem Betroffene, Politiker und Experten in der Öffentlichkeit gemeinsam zu Entscheidungen kommen mußten und fähig waren, Entscheidungen zu korrigieren, eröffnete sich eine neue Perspektive von Demokratie.

Frauenrechte im Vereinigungsprozeß

Die Garantie der Menschenrechte und eine umfassende Demokratisierung waren Forderungen des Herbstes 1989. So war es nur folgerichtig, daß sich der Runde Tisch die Aufgabe stellte, eine Verfassung zu erarbeiten. Jahrelange demokratische Defizite und Menschenrechtsverletzungen waren der Grund dafür, daß sich die Oppositionsgruppen von Anbeginn besonders stark Verfassungsfragen zuwandten. So war es folgerichtig, den Hauptschwerpunkt der Diskussion um eine neue Verfassung auf die Menschenrechte und die demokratischen Partizipationsmöglichkeiten zu legen. Gleichzeitig verweist die Art und Weise, wie dieser Verfassungsentwurf zustandegekommen ist, auf ein neues Verfassungsverständnis. An seiner Ausarbeitung beteiligten sich nicht nur die Vertreter der alten und neuen Parteien, sondern auch die Vertreter der Bürgerbewegungen, darunter auch die Vertreterinnen der Frauenbewegung. Damit war gewährleistet, daß Menschenrechte nicht nur einseitig aus männlicher Sicht formuliert wurden, sondern auch die Chance bestand, die feministische Dimension von Menschenrechten mit einzubringen.

Im Zuge der schnellen deutschen Vereinigung wurde der so erarbeitete Verfassungsentwurf, der den Konsens des März 1990 darstellte, aus machtpolitischen Gründen zurückgedrängt. Chancen und Möglichkeiten auf dem Weg in eine zivile Gesellschaft, die über die zweifellos demokratische Grundordnung der BRD hinausgehen und die Erfahrungen der Herbstrevolution in der DDR und die Erfahrung der Frauenbewegung einbezogen, konnten so vorerst nicht genutzt werden. Aber die Fragestellung der Grundrechte von Frauen hat eine neue Diskussion in der Frauenbewegung Ost und West eröffnet. Hier ist eine Möglichkeit gegeben, wie ein Zusammenwachsen westdeutscher und ostdeutscher Frauenbewegung vonstatten gehen kann. Zahlreiche Verfassungsinitiativen von Frauen in den alten Bundesländern zeigen, wie notwendig eine Diskussion um Menschenrechte als Frauenrechte auf dem Weg in eine zivile Gesellschaft ist.

Der Prozeß der deutschen Einigung wurde dann wieder ausschließlich von Männern gemacht, Frauenemanzipation spielte keine Rolle mehr. Ein Einfluß der Bürgerbewegungen und besonders der Frauenbewegung ist auf der parlamentarischen Ebene sehr gering, die etablierten Parteien bestimmen wie eh und je die Politik. Es ist sogar zu befürchten, daß der gesamtdeutsche Zug die Frauenbewegung zu überrollen droht.

Für die Frauen im Osten hat es sich als eine Illusion erwiesen, daß mit dem Sturz eines totalitären, antidemokratischen Systems auch die Grundfesten der patriarchalischen Gesellschaft zu Disposition stehen. Sie stehen jetzt vor der Tatsache, zwar in einem demokratischen, aber auch patriarchalischen System zu leben. Gleichzeitig müssen 40 Jahre Geschlechterverhältnisse unter den Bedingungen des realexistierenden Sozialismus erforscht werden, d.h. es sind 40 Jahre gesellschaftlicher Wirklichkeit von Ostfrauen aufzuarbeiten. Zum anderen wachsen die sozialen Probleme von Frauen. Hier ist konkretes Handeln angesagt, um nicht alle Rechte zu verlieren. Das betrifft insbesondere das Recht auf selbstbestimmte Schwangerschaft und die Möglichkeit, Arbeitsplätze zu finden und zu erhalten.

Wenn auch die wenigsten Forderungen der Frauen des Herbstes auf dem Gebiet der großen Politik erfüllt wurden, so gibt es doch im Osten Deutschlands vielfältige neue Ansätze und Projekte, die auf eine sich differenzierende Frauenbewegung hindeuten. So entstanden – wie erwähnt – in der Zeit der Wende eine große Zahl von Frauenkulturzentren, Frauenprojekten, Cafés und Beratungsstellen. Neue Forschungsansätze und spezielle Bibliotheken mit eigenen Dokumentationszentren entstanden. Viele dieser Projekte schaffen gleichzeitig neue Arbeitsplätze für Frauen, mit Hilfe staatlicher Fördermittel. Es darf aber nicht übersehen werden, daß mit diesen Projekten Sozialarbeit geleistet wird, und daß es zumindest Tendenzen gibt, sie dadurch zu entpolitisieren. Andererseits ist diese Hilfe zu Selbsthilfe ein enormer Lernprozeß, indem Frauen ihre eigenen Interessen artikulieren und politisch umsetzen. Hier hat sich also eher die Ebene von Politik verändert, indem nun alternative Lösungen im Kleinen und an der Basis gesucht werden. Gerade dadurch entwickeln Frauen auch neue Sensibilitäten gegenüber Unrechts-erfahrungen, die sie sehr deutlich spüren. Die Bewegung ist zu ihren Wurzeln zurückgekehrt.